

ESSAY

## Was heißt westliche Wertegemeinschaft?

VON HEINRICH AUGUST WINKLER

I. Die Europäische Union sei eine Wertegemeinschaft, so hören wir es fast täglich von Politikern, und die Werte, auf die sich die EU gründe, seien die europäischen. Aber stimmt das eigentlich? Das geografische Europa, das Europa vom Atlantik bis zum Ural, war nie eine Wertegemeinschaft. Große Teile Europas haben an der Herausbildung der Werte, auf die sich die EU beruft, keinen Anteil gehabt. Umgekehrt sind die Werte, zu denen sich die Vereinigten Staaten, Kanada, Australien, Neuseeland und der Staat Israel bekennen, keine anderen als die, die wir so gern die »europäischen« nennen.

Historisch liegt der Ursprung dieser Werte im alten Okzident. Das war jener Teil Europas, der im Mittelalter und in manchen Ländern lange darüber hinaus sein geistliches Zentrum in Rom hatte, also zur Westkirche gehörte. Nur dieser Teil Europas hatte die beiden vormodernen Formen der Gewaltenteilung erlebt, der Trennung von geistlicher und weltlicher Gewalt und von fürstlicher und ständischer Gewalt, und nur hier hatten, wenn auch nicht überall mit gleicher Intensität, die spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Emanzipationsprozesse der Renaissance und des Humanismus, der Reformation und der Aufklärung stattgefunden. Im Bereich der Ostkirche, von Byzanz und später Moskau, gab es zwar nicht das, was man »Cäsaropapismus« genannt hat, die personelle Einheit von geistlicher und weltlicher Gewalt, wohl aber eine Unterordnung der Ersteren unter die Letztere. Der Osten kannte auch nicht jenes für den europäischen Feudalismus kennzeichnende wechselseitige Treueverhältnis von Herrn und Lehnsman, wie es im Dualismus von Fürst und Ständen fortwirkt. » Typisch westlich« war auch das in diesem Dualismus angelegte ständische Widerstandsrecht gegen Fürsten, die eine Willkürherrschaft errichtet hatten oder zu errichten versuchten.

Der Historiker Otto Hintze hat 1931 das Wort vom »dualistischen Geist« geprägt, der die ständischen Verfassungen des Abendlandes hervorgebracht habe. Dualismus kann man auch die (wenn auch nur unvollständige) Trennung von geistlicher und weltlicher Gewalt im Investiturstreit des 11. und 12. Jahrhunderts nennen. Der Dualismus ist ansatzweise bereits ein Pluralismus, und dieser elementare Pluralismus war die Bedingung dafür, dass sich der typisch westliche Geist des Individualismus entfalten konnte. Anders gewendet: Der Dualismus trug den Keim der Freiheit in sich, die das herausragende Kennzeichen des Okzidents ist.

Die Trennung von geistlicher und weltlicher Herrschaft setzte eine Unterscheidung voraus, die auf Jesus selbst zurückgeht: »So gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist.« Das war zwar noch nicht die Trennung von

geistlicher und weltlicher Gewalt. Aber die dialektische Antwort Jesu auf eine ihm gestellte Fangfrage war doch die Verkündung eines Prinzips, in dessen Logik die Trennung lag und mit ihr die Säkularisierung der Welt und die Emanzipation des Menschen.

II. Siebzehneinhalb Jahrhunderte später »übersetzte« ein französischer Aufklärer, der dem Christentum innerlich fernstand, der Baron de Montesquieu, den christlichen Grundgedanken der Trennung der Sphären von Gott und Kaiser wie folgt: »Man darf nicht durch göttliche Gesetze regeln, was durch menschliche Gesetze geregelt werden muss, und ebenso wenig durch menschliche Gesetze ordnen, was durch göttliche Gesetze geordnet werden muss.« Dem Christentum bescheinigte derselbe Autor, es vertrage sich mit einer gemäßigten Regierung besser als der Islam - bei der despotischen Regierungsweise sei es umgekehrt.

Die moderne Gewaltenteilung, wie sie Montesquieu lehrte, die Trennung von gesetzgebender, vollziehender und rechtsprechender Gewalt, war eine Fortentwicklung der vormodernen Formen der Gewaltenteilung, der Trennung von geistlicher und weltlicher Gewalt und der von fürstlicher und ständischer Gewalt. Das Land, in dem Montesquieus Lehre von der Gewaltenteilung die größten Wirkungen entfaltete, gab es zu seinen Lebzeiten noch gar nicht: die Vereinigten Staaten von Amerika. In den Federalist Papers, den von Alexander Hamilton, John Jay und James Madison verfassten Artikeln zur Verteidigung der amerikanischen Verfassung von 1787, wie sie aus den Arbeiten des Konvents von Philadelphia hervorgegangen war, war er der mit Abstand meistzitierte Autor.

Einen Grundrechtsteil indes enthielt die amerikanische Verfassung von 1787 nicht. Dieser kam erst als Zugeständnis an die Opposition in mehreren Einzelstaaten hinzu, in Form der ersten zehn Zusatzartikel der sogenannten Bill of Rights, die 1791 in Kraft trat. Dennoch können die Vereinigten Staaten von Amerika das historische Erstgeburtsrecht in Sachen Menschenrechte für sich beanspruchen. Die Virginia Declaration of Rights vom 12. Juni 1776 begann ihren Grundrechtekatalog, den ersten umfassenden Katalog dieser Art überhaupt, mit den programmatischen Worten: »Alle Menschen sind von Natur aus gleichermaßen frei und unabhängig und besitzen gewisse angeborene Rechte.«

In der Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776, im Wesentlichen verfasst von Thomas Jefferson aus Virginia, sind die Menschenrechte, zusammen mit dem aus ihnen abgeleiteten Prinzip der Volkssouveränität, in einem einzigen, aber inhaltsschweren Satz zusammengefasst, der so berühmt ist, dass es genügt, die ersten Worte zu zitieren: »Folgende Wahrheiten erachten wir als selbstverständlich: dass alle Menschen gleich geschaffen sind - dass sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind - dass dazu Leben, Freiheit und das Streben nach Glück (life, liberty and the pursuit of happiness) gehören«

Das Menschenbild der Gründerväter Amerikas war nicht nur das Ergebnis einer ausgedehnten Lektüre von Klassikern der Philosophie, des Staatsrechts und der politischen Theorie von der Antike bis zur Gegenwart. Es hatte auch

religiöse Wurzeln. Wenn die Unabhängigkeitserklärung von den unveräußerlichen Menschenrechten sagte, sie seien den Menschen von ihrem Schöpfer verliehen worden, war das mehr als nur ein dem feierlichen Augenblick geschuldetes Credo, auf das sich aufgeklärte Freidenker und gläubige Christen verständigen konnten. Die Idee der persönlichen Würde jedes einzelnen Menschen hatte ihren Ursprung im jüdisch-christlichen Glauben an den einen Gott, der den Menschen nach seinem Bilde geschaffen hat. Das Bekenntnis zur Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz setzte historisch den Glauben an die Gleichheit aller Menschen vor Gott voraus.

Schon bald nach 1776 wanderte die Idee der unveräußerlichen Menschenrechte über den Atlantik. Am 26. August 1789, sechs Wochen nach dem Sturm auf die Bastille, verabschiedete die französische Nationalversammlung die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von den amerikanischen Vorbildern angeregt und in manchem über sie hinausgehend. Die Menschenrechte waren also das Ergebnis eines transatlantischen Zusammenwirkens. Und nicht nur die Menschenrechte, sondern auch die Ideen von der Herrschaft des Rechts (rule of law), einer repräsentativen Regierung und den checks and balances, den wechselseitigen Kontrollen und Gegengewichten, die eine zu starke Machtkonzentration in einer Hand verhindern sollen. Wir sollten folglich nicht von europäischen, sondern von westlichen Werten sprechen, wenn es um die Grundlagen unserer Demokratie und den Zusammenhalt der Europäischen Union geht.

III. Bis sich die politischen Ideen von 1776 und 1789 im gesamten alten Westen durchgesetzt hatten, sollten über zwei Jahrhunderte vergehen. In keinem Land des Okzidents stießen die demokratischen Ideen des Westens auf so hartnäckigen Widerstand wie in Deutschland.

Es bedurfte der Erfahrung der nationalsozialistischen Diktatur, des Zweiten Weltkriegs, des Holocaust und des »Zusammenbruchs« von 1945, um den antiwestlichen Vorurteilen der deutschen Eliten und breiter Schichten der Bevölkerung allmählich den Boden zu entziehen. Die Verwestlichung des Westens war also ein langwieriger Prozess, dessen Hauptmerkmal die Ungleichzeitigkeit war.

Das Ergebnis dieser Verwestlichung ist keine politische Einheitskultur. Es gibt vielmehr unterschiedliche Ausprägungen der politischen Kultur des Westens einmal innerhalb Europas und zum anderen zwischen Europa und den USA. Die politische Kultur des Westens ist pluralistisch. Sie muss deshalb auch eine Streitkultur sein, die Verschiedenheiten aushält und Gegensätze friedlich austrägt.

Auf die viel erörterte Frage, ob der Westen (noch) eine transatlantische Wertegemeinschaft bildet, kann es folglich nur eine dialektische Antwort geben: Der Westen ist eine Wertegemeinschaft, die sich über die politischen Folgerungen streitet, ja streiten muss, die sich aus den gemeinsamen Werten ergeben. Die westlichen Werte sind das Ergebnis transatlantischer Prägungen und Erfahrungen und wie alle historischen Erscheinungen dem Wandel unterworfen. Die Gemeinsamkeiten des Westens fallen besonders dann ins Auge, wenn

man ihn mit anderen Gesellschaften und Kulturen vergleicht. Die Staaten der Europäischen Union und die Vereinigten Staaten von Amerika weisen, was ihre politische Kultur angeht, viele Besonderheiten auf. Aber sie tun gut daran, sich ihre kollektiven »Identitäten« nicht dadurch zu beweisen, dass sie sich vom jeweils anderen abheben.

Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten bedürfen auch keines Dritten, um sich ihrer Gemeinsamkeiten zu vergewissern. Es ist legitim und notwendig, die Werte und Institutionen des Westens gegen alle Bedrohungen und Angriffe zu verteidigen und überall für sie zu werben.

Eine Politik, die darauf abzielt, westliche Werte und Lebensformen gewaltsam zu verbreiten, ist dagegen zum Scheitern verurteilt.

Als die USA nach 1945 zusammen mit Großbritannien und Frankreich dem Westen Deutschlands beim Wiederaufbau einer Demokratie halfen, hatten sie vor allem deshalb Erfolg, weil es freiheitliche, rechtsstaatliche und demokratische Traditionen gab, an die die Deutschen anknüpfen, die sie wiederbeleben konnten. Die amerikanischen Neokonservativen mit dem Präsidenten George W. Bush an der Spitze irrten fundamental, als sie den Irakkrieg von 2003 mit dem Argument zu rechtfertigen versuchten, aus den deutschen Erfahrungen von 1945 könne man folgern, dass sich ein fremdes Land auch von außen und mit militärischen Mitteln zur Demokratie umerziehen lasse. Dem Irak fehlten die westlichen Prägungen und Erfahrungen, die in Deutschland das Umlernen begünstigten.

Der Westen hat immer wieder eklatant gegen die Werte verstoßen, zu denen er sich bekennt. Die Duldung von Sklavenhandel und Sklaverei durch die Gründerväter der Vereinigten Staaten ist dafür ein besonders krasses Beispiel. Aber auch vom Rassismus, Kolonialismus und Imperialismus und ihren Folgen darf der Westen nicht schweigen, wenn er glaubwürdig für seine Werte eintreten will.

Westliche Errungenschaften bis hin zum Rechtsstaat, der Gewaltenteilung und der Demokratie sind schon von zahlreichen nichtwestlichen Gesellschaften übernommen worden, und nichts spricht dagegen, dass diese Art der Verwestlichung oder Teilverwestlichung fortschreitet. Doch der Westen hat längst aufgehört, die Welt zu dominieren. Er vertritt eine Lebensform und eine politische Kultur unter vielen, und wenn man die Nationen zusammenzählt, die sich als »westlich« verstehen, bilden sie zusammen nur eine kleine Minderheit der Weltbevölkerung.

Der Anspruch der unveräußerlichen Menschenrechte aber bleibt ein universaler. Da ihre globale Durchsetzung sich nicht erzwingen lässt, kann der Westen nichts Besseres für sie tun, als sich an seine eigenen Werte zu halten, für sie zu werben und dort, wo es möglich ist, den krassesten Verletzungen der Menschenrechte mit allen Mitteln, einschließlich humanitärer Interventionen, entgegenzutreten. Folglich müsste sich der Westen insgesamt für eine entsprechende Reform der Vereinten Nationen und eine Überarbeitung ihrer Charta, also für eine Weiterentwicklung des Völkerrechts, stark machen. Doch von so viel Gemeinsamkeit, von so viel Einsicht

in die Bedeutung und die Bindekraft immaterieller Interessen, ist der Westen weit entfernt.

Aus der Geschichte des Westens lässt sich lernen, und der Westen muss hoffen, dass aus ihr auch in den nichtwestlichen Teilen der Welt gelernt wird. Das Projekt des Westens ist unvollendet und wird es vermutlich immer bleiben. Aber es lässt sich weiterentwickeln. Wenn der Westen den Gedanken der Wertegemeinschaft nicht nur feierlich beschwört, sondern ernst nimmt, kann er viel für die allgemeine Geltung der Werte tun, die wir aus guten historischen Gründen die »westlichen« nennen.

Dieser Text basiert auf der Abschiedsvorlesung »Was heißt westliche Wertegemeinschaft?«, die der Autor am 14. Februar an der Humboldt-Universität zu Berlin gehalten hat, wo er seit 1991 lehrte. Der vollständige Text erscheint im Aprilheft der »Internationalen Politik«. Vom Autor erschien zuletzt: »Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reichs bis zur Wiedervereinigung (2 Bände, C. H. Beck, München, 6. Auflage 2005)

ZEIT ONLINE 2007